

## **In der Mitte Europas, mitten im Leben. Moderne Politik für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.**

*Leitlinien der Thüringer Sozialdemokratie zur Bundestagswahl 2017.*

Thüringen ist ein historisches Stammland der Sozialdemokratie. Die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im August 1869 in Eisenach, die Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und die Verabschiedung des „Gothaer Programms“ im Mai 1875 sowie der Erfurter Programmparteitag im Oktober 1891 waren zentrale Entwicklungsschritte der sozialen Demokratie in Deutschland und weit darüber hinaus. Es waren einfache Menschen, die sich trotz widriger Lebensumstände, Verfolgung und Verbot zusammenschlossen, um gemeinsam mit Herz und Verstand für ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben in Freiheit und materieller Sicherheit zu kämpfen.

Seitdem hat sich die Idee der sozialen Demokratie auf der ganzen Welt verbreitet. In ihrer über 150-jährigen Geschichte hat die SPD viel durchgemacht: harte interne Debatten mit politischen Abspaltungen, Verleumdungen und Diffamierungen durch Kapitalisten, Monarchisten, Nationalsozialisten und später auch von Kommunisten bis hin zu Haft, Folter und Ermordung. Dennoch haben mutige Frauen und Männer in harten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfen sowie im Wege der parlamentarischen Gesetzgebung enorme konkrete Verbesserungen für die Menschen durchgesetzt, die heute als selbstverständlich gelten: Verbot der Kinderarbeit, Arbeitszeitbegrenzung, freie Wahlen, Gleichberechtigung der Frauen, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, betriebliche Mitbestimmung, Kündigungsschutz, kostenfreie Schulbildung, Studienfinanzierung über Bafög und vieles mehr.

In dieser Wahlperiode haben wir gegen große Widerstände von Arbeitgebern, Wirtschaftsverbänden und CDU/CSU endlich den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eingeführt und damit vielen Beschäftigten nicht nur mehr Geld am Monatsende, sondern auch ein Stück mehr Anerkennung ihrer Leistung verschafft.

Aber wir dürfen und wollen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Neue, schwerwiegende Veränderungen und Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt fordern unsere ganze Aufmerksamkeit. Deutschland steht im globalen Maßstab

trotz vieler Probleme wirtschaftlich und sozial gut da. Aber in einer immer enger vernetzten Welt spüren wir die Auswirkungen von Kriegen, Armut, Flucht und Vertreibung auch hier sehr konkret. Das führt dazu, dass sich viele Menschen von dieser neuen Situation bedroht fühlen, auch wenn die Hilfsbereitschaft gegenüber den Schutzsuchenden in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden ist. Ängste vor Terrorismus und wachsender Kriminalität sind aber ebenso ernst zu nehmen, wie Sorgen um den Arbeitsplatz und ein gesichertes Einkommen.

Die Migration nach Europa hat darüber hinaus Vorurteile und Egoismen sowohl innerhalb unserer Gesellschaften wie auch zwischen den europäischen Staaten offengelegt, die wir vor wenigen Jahren noch für überwunden hielten.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es absurd, dass ausgerechnet in einer Zeit, in der starke gemeinsame europäische Antworten notwendig wären, zunehmend der Rückzug in das nationale Schneckenhaus propagiert wird. Die Nationalpopulisten in Großbritannien, Polen, Ungarn, Österreich, Frankreich, den Niederlanden und anderswo benutzen die Ängste und Sorgen der europäischen Bürgerinnen und Bürger nur für den eigenen politischen Vorteil ebenso wie die AfD in Deutschland. Es sind verantwortungslose politische Spieler, die gezielt die ohnehin schon große Verunsicherung weiter schüren! Dabei ist bereits offensichtlich, dass die immer gleichen Phrasen und Pauschalurteile keine Probleme lösen, sondern nur das gesellschaftliche Klima und den demokratischen Diskurs vergiften. Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass aus Worten schnell Taten werden können. Wir haben nicht vergessen, wie aus der hitzigen Rhetorik in der Asyldebatte der Neunziger Jahre brennende Asylunterkünfte geworden sind und sehen auch heute mit Sorge, dass die Anzahl rechter Übergriffe steigt und ein menschenfeindlicher Ton in den politischen Diskurs Einzug gehalten hat.

Die SPD versteht sich seit ihrer Gründung durch die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken des 19. Jahrhunderts nicht als „Parolenpartei“, sondern als Problemlösungspartei. Wir stehen auch heute fest an der Seite derjenigen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten. Unser Dank gilt allen, die sich in den Verwaltungen, im Ehrenamt in Städten und Gemeinden, in Kirchen und Verbänden, Gewerkschaften und demokratischen Parteien der zunehmenden Verrohung, Verblendung und Verantwortungslosigkeit entgegen stellen: Tag für Tag, mit Herz und Verstand.

Die Welt um uns herum verändert sich, wir leben in stürmischen Zeiten. Bei der Bundestagswahl 2017 entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, wie diese Veränderungsprozesse gestaltet werden und wer gestalten soll. Es geht um nicht weniger als um eine politische Richtungsentscheidung: Ehrliches Ringen um Lösungen, die wirkliche Besserung bringen oder populistische Antworten, die am Ende doch nichts bewirken? Parolen brüllen oder Argumente austauschen? Angst oder Zuversicht? Wollen wir ein starkes und einiges Europa als Garant für unseren Einfluss in der Welt, um Frieden und sozialen Fortschritt zu stärken oder einen Rückzug in den Nationalstaat und damit immer weniger Handlungsfähigkeit? Solidarität oder wachsende soziale Spaltung? Vorrang der Politik oder Vorrang des privaten Profits?

Die Ursachen von Flucht und Vertreibung können wir nur mit einem starken und geeinten Europa wirksam bekämpfen. Dabei setzen wir, wenn es um Friedenssicherung geht, auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Wertvorstellungen auf Abrüstung, Diplomatie und kritischen Dialog, sowohl gegenüber den Partnern im Osten wie im Westen. Zur Bekämpfung von Hunger, Verelendung und Umweltzerstörung wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit insbesondere mit Staaten in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten ausbauen.

Die Thüringer Sozialdemokratie geht entschlossen und selbstbewusst in die politischen Auseinandersetzungen, freut sich auf argumentativen Austausch und zahlreiche persönliche Begegnungen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei wollen wir uns programmatisch an dem Dreiklang der sozialen Demokratie orientieren: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

## **I. Freiheit**

*„Frei zu sein bedeutet nicht nur, seine eigenen Fesseln zu lösen, sondern ein Leben zu führen, das auch die Freiheit anderer respektiert und fördert.“ (Nelson Mandela)*

### **1. Demokratie und Rechtsstaat**

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für uns keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Ihr gemeinsames und unverzichtbares Fundament bilden menschlicher Anstand, argumentative Redlichkeit und gegenseitiger Respekt. Das Demokratieprinzip des Grundgesetzes hat sich in den Jahrzehnten seiner Geltung

als wehrhaft und belastbar erwiesen, auch oder gerade weil es diese ethischen Grundlagen stets verteidigt hat.

Die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, Religions- und Versammlungsfreiheit gelten aber nicht grenzenlos. Sie finden ihre Schranken vor allem dort, wo die Rechte anderer angegriffen werden. Aus guten Gründen stellt unsere Rechtsordnung deshalb Beleidigungen, Bedrohungen, Verleumdungen, gezielte Verunglimpfungen und Volksverhetzung unter Strafe.

Eine wehrhafte Demokratie kann nicht tatenlos zusehen, wenn falsche Verdächtigungen, Hass- und Hetzparolen den freien Meinungsstreit immer mehr vergiften, ganz egal ob in der realen oder in der virtuellen Welt.

Für uns ist völlig klar: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und für die Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - egal ob im Netz oder im realen Leben - brauchen wir neben verstärkter internationaler Kooperation vor allem eine Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden, die ausbildungsmäßig, technisch und personell jederzeit auf dem neuesten Stand ist. Dabei wollen wir auch in Zukunft darauf achten, dass notwendige Sicherheitsmaßnahmen stets in einem angemessenen Verhältnis zu den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger und ihrem berechtigten Interesse an geschützter Privatsphäre stehen.

## **2. Öffentliche Sicherheit**

Sicherheit ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten neben gleichem Zugang zu Bildung und neben sozialer Gerechtigkeit eine notwendige Voraussetzung offener und damit freier Gesellschaften. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land sicher fühlen und frei bewegen können, egal ob im Alltag, auf Reisen oder bei Großveranstaltungen. Dieses Sicherheits- und Freiheitsgefühl ist bei vielen Menschen heute nicht mehr selbstverständlich.

Deutschland ist zwar objektiv betrachtet immer noch eines der sichersten Länder der Welt, aber auf Grund der aktuellen Ereignisse sorgt sich eine zunehmende Mehrheit der Bevölkerung vor einer Zunahme von Gewalt und Kriminalität. Wir nehmen solche Sorgen sehr ernst. Dort aber, wo unter dem Deckmantel dieser Sorgen Rassismus und Menschenfeindlichkeit propagiert werden, halten wir klar dagegen.

Insbesondere die erschütternden islamistischen Terrorattacken in Paris, Brüssel, Istanbul oder auf den Berliner Weihnachtsmarkt zeigen, dass Europa längst ins Visier des internationalen Terrorismus geraten ist. Dabei ist das Ziel der feigen Angriffe klar: Verunsicherung, Destabilisierung und gezielte Provokation. Unsere aufgeklärten, modernen und offenen Gesellschaften sind den religiösen Fanatikern vom IS oder von Al-Quaida ein Dorn im Auge. Die besten Antworten auf ihren Hass sind unsere Besonnenheit und unsere Liebe zur Freiheit. Aber wir verwechseln diese richtige Einsicht nicht mit Naivität.

Wer bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung sucht, muss sich auch an unsere Regeln halten. Die große Mehrheit tut dies auch. Es ist aber unter keinen Umständen akzeptabel, wenn Terroristen gezielt junge Menschen unter den Flüchtlingen in Deutschland und Europa rekrutieren, Imame unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit unsere Verfassungswerte in Frage stellen oder wenn islamistische Hassprediger offen zur Gewalt aufrufen. Wir werden darauf mit der ganzen Härte des Gesetzes reagieren. Dazu gehört auch die Schließung radikal-islamistischer Moscheen.

Aber ebenso wenig werden wir es hinnehmen, wenn Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund unter Generalverdacht gestellt, beleidigt, bedroht oder verletzt werden. Wer Flüchtlingsunterkünfte anzündet, Menschen denunziert und verprügelt, weil sie anders aussehen oder gezielt Hass und Rassismus verbreitet, muss konsequent bestraft werden.

Als überzeugte Demokratinnen und Demokraten stehen wir fest an der Seite der Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates, wenn sie von politischen Extremisten, religiösen Fanatikern oder selbsternannten „Reichsbürgern“ angegriffen werden. Angriffe auf Polizei- oder Rettungskräfte, auf Amts- oder Mandatsträger gelten immer der Gesellschaft als Ganzes und wir werden unsere freiheitliche Ordnung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigen.

Dabei setzen wir nicht populistisch auf „Bürgerwehren“ oder private Sicherheitsdienste, sondern auf personell und technisch bestens ausgestattete Behörden. Deshalb haben wir auf Bundesebene 4.300 neue Stellen bei der Bundespolizei durchgesetzt und für eine deutliche Personalaufstockung für das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz gesorgt. Darüber

hinaus wollen wir in Bund und Ländern 15.000 neue Polizistinnen und Polizisten einstellen. Um die Strafverfolgung zu erleichtern und das Sicherheitsgefühl zu stärken, setzen wir auch auf eine verstärkte Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Die Datensysteme der Sicherheitsbehörden von Bund, Ländern und Kommunen müssen zudem rasch weiter vereinheitlicht werden um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, dass Prävention und Vorsorge wichtige Pfeiler der Sicherheitspolitik sind und dabei helfen, Straftaten und Gewalt zu verhindern. Dazu müssen die Möglichkeiten in Schulen, in der Jugendarbeit und in der Flüchtlingsbetreuung weiter ausgebaut werden.

Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, setzen wir auf klare rechtliche Zuständigkeiten, bestens ausgestattete Behörden, frühzeitige Prävention und effektive Strafverfolgung. Um das Vertrauen in die Arbeit der Geheimdienste zu stärken, haben wir die parlamentarische Kontrolle der Dienste sowohl in Thüringen als auch im Bund wirksam verbessert. Die Auswahl und der Einsatz zur Verfügung stehender operativer Mittel müssen sich konsequent an den konkreten Gefahrenlagen orientieren und nicht an parteipolitischen Präferenzen.

## **II. Gerechtigkeit**

*„Die Schwächsten sind der Maßstab für die Gerechtigkeit.“ (Margot Käßmann)*

### **1. Gute Arbeit**

Die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland, Europa und der Welt ändern sich rasant. Digitalisierung und Globalisierung lassen sich nicht einfach aufhalten oder gar rückgängig machen. Aber wir wollen und müssen den technologischen und wirtschaftlichen Wandel aktiv gestalten, so dass ökonomischer, ökologischer und sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen.

Die SPD hat durchgesetzt, dass seit dem 1. Januar 2015 alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde haben. Ab 2017 steigt der Mindestlohn auf 8,84 Euro und darf auch nicht mehr durch Tarifverträge unterschritten werden. Bundesweit haben bereits rund vier Millionen Kolleginnen und Kollegen vom Mindestlohn profitiert. Allein in Thüringen haben 190.000 Beschäftigte seitdem deutlich mehr Lohn in der Tasche.

Allen Unkenrufen von CDU/CSU und Arbeitgebern zum Trotz: Der Mindestlohn hat weder Jobs vernichtet, noch zu Standortverlagerungen oder massenhaftem Betriebssterben geführt, im Gegenteil. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat die SPD endlich die schlimmsten Auswüchse jahrelanger Niedriglohnpraxis gerade in Ostdeutschland beseitigt und vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu mehr Anerkennung verholfen. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Arbeit hat für uns aber nicht nur einen Preis, sondern vor allem auch eine Würde, ganz unabhängig von der konkreten Tätigkeit. Deshalb hat die SPD die Leiharbeit reguliert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen vom Entleihbetrieb fest eingestellt werden, wenn sie dort 18 Monate eingesetzt waren, bereits nach neun Monaten haben sie Anspruch auf den gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft. Auch der verbreiteten Unsitte, Arbeitnehmerschutzrechte durch Werkverträge zu umgehen, haben wir klare Grenzen gesetzt.

Gute und sichere Arbeitsplätze haben für uns höchste Priorität. Gerade junge Menschen, die am Beginn ihres Berufslebens stehen und eine Familie gründen wollen, brauchen Planbarkeit. Darum wollen wir befristete Arbeitsverträge nur noch in Ausnahmefällen zulassen und die sachgrundlose Befristung ganz abschaffen. Außerdem setzen wir uns für eine Mindestausbildungsvergütung ein.

Viele Beschäftigte wünschen und brauchen mehr zeitliche Flexibilität, um Arbeit, Partnerschaft, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder auch ehrenamtliches Engagement besser in Einklang zu bringen. Dazu wollen wir die Chancen nutzen, die sich durch die Digitalisierung bieten. In Zukunft soll es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter sein, die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit durch mobile Arbeit oder den Wechsel von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und umgekehrt an die eigene Lebenssituation anzupassen.

Es geht darum, die Chancen des technischen Fortschritts zum Wohle der Betriebe und der Beschäftigten zu nutzen und dazu brauchen wir starke Gewerkschaften und engagierte Betriebsräte, aber auch dialogbereite und sozial verantwortliche Arbeitgeber.

Ergänzend hierzu machen wir uns für eine Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende stark, die eine angemessene und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe ermöglicht.

## **2. Gerechte Steuern**

Wir wollen Deutschland modernisieren und bleiben bei unserem Kurs, mehr zu investieren. Damit sorgen wir für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Wichtiger als allgemeine Steuergeschenke mit der Gießkanne sind für die SPD darum nachhaltige und wirksame Erfolge im Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung, eine angemessene und transparente Besteuerung von Unternehmensgewinnen, die steuerliche Gleichbehandlung von Einkünften aus Kapitalerträgen und Erwerbseinkommen sowie eine gezielte Entlastung von Familien mit Kindern und von Beziehern niedriger Einkommen.

Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kleine und mittlere Unternehmen oder Soloselbständige sehen, dass die Finanzämter bei ihren Steuererklärungen jeden Nachweis über die Kosten für berufliche Aufwendungen dreimal hinterfragen, aber globale Großkonzerne durch geschickte grenzüberschreitende Verlustrechnungen und andere Trickereien teilweise wenig bis nichts zum Gemeinwohl beitragen, dann untergräbt das auf Dauer das Vertrauen in die öffentliche Handlungsfähigkeit und in die Rechtsstaatlichkeit. Deshalb haben wir bereits Maßnahmen durchgesetzt, um die Transparenz der realen Ertragslage internationaler Konzerne sowie den zwischenstaatlichen Informationsaustausch hierüber zu verbessern.

Auch für vermögende Privatpersonen haben wir die Möglichkeiten der verdeckten Steuerhinterziehung nahezu unmöglich gemacht: Grundlage dazu war die Abschaffung des Bankgeheimnisses und die Schaffung des automatischen Informationsaustausches zwischen den Staaten. Die SPD hatte 2012 den Ablasshandel zwischen der Schweiz und Deutschland im Bundesrat verhindert. Nur dadurch war der Weg geebnet für vollständige Transparenz über Auslandsvermögen reicher Deutscher. Auch in Zukunft wollen wir Steuerbetrug konsequent bekämpfen, damit die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am Ende nicht die Dummen sind, während sich Großkonzerne und reiche Privatiers einen schlanken Fuß machen.

Wir wollen im Gegensatz zu anderen Parteien keine wohlfeilen allgemeinen Steuersenkungen für alle, sondern gezielte Entlastungen für die, die es am nötigsten haben: Familien, Alleinerziehende und Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen.

In Deutschland haben wir aktuell 47,3 Millionen Steuerpflichtige. Davon zahlen 25,3 Millionen keine oder nahezu keine Einkommenssteuern, weil sie zu wenig verdienen und deshalb freigestellt sind – das sind 53,9 Prozent aller Steuerpflichtigen und in ihren Haushalten leben knapp 7,5 Millionen Kinder. Von Steuersenkungen hätten diese Menschen nichts. Allerdings zahlen sie ab dem ersten Euro Sozialabgaben, da es im Beitragsrecht weder einen Freibetrag noch eine Progression gibt.

Deshalb schlagen wir vor, diese niedrigen bis mittleren Einkommen durch gezielte Zuschüsse zu den Sozialabgaben zu entlasten. Ein solcher Zuschuss, der sich bei Ledigen an einem Jahreseinkommen in Höhe von 15.500 Euro orientieren soll, würde mit zunehmender Einkommenshöhe stufenweise reduziert. Im Ergebnis würden sich die verfügbaren Haushaltseinkommen im unteren Bereich spürbar erhöhen, ohne dass dafür Steuertarife geändert werden müssten. Profitieren würden insbesondere Teilzeitbeschäftigte, Frauen, Alleinerziehende und die im Haushalt lebenden Kinder.

Zudem wollen wir im Steuerrecht einen Familientarif einführen, der sich konsequenter als bisher an den mit der Versorgung, Betreuung und Erziehung von Kindern verbundenen Aufwendungen orientiert, unabhängig vom Personenstand der Eltern.

### **3. Starke Familien – starke Kinder**

Junge Eltern wollen ebenso selbstverständlich eine erfolgreiche berufliche Karriere verfolgen wie auch für ihre Familien da sein. Dabei ist die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Pflichten für viele Eltern noch immer ein alltäglicher Kampf. Umfragen zufolge wünschen sich 79 Prozent aller berufstätigen Väter mehr Zeit für Kinder und Familie, während viele Mütter gerne mehr Stunden beruflich arbeiten würden.

Die SPD will Eltern deshalb künftig finanziell dabei unterstützen: sie sollen für 24 Monate Anspruch auf ein aufstockendes Familiengeld haben, wenn beide ihre Arbeitszeit reduzieren.

Besondere Herausforderungen haben Alleinerziehende zu meistern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben großen Respekt vor ihrer Alltagsleistung und wollen ihnen konkret helfen. Gegen den Widerstand der CDU/CSU haben wir den Steuerfreibetrag für Alleinerziehende deutlich erhöht. Außerdem wollen wir im SGB II einen so genannten Umgangsmehrbedarf einführen, wenn getrennt lebende Eltern ALG II beziehen. Der umgangsberechtigte Elternteil soll für die Aufenthaltstage des Kindes mehr Geld erhalten, ohne dass dies zu Leistungskürzungen beim anderen Elternteil führt. Damit wollen wir im Sinne des Kindeswohls die gemeinsame Wahrnehmung der Elternverantwortung auch in schwierigen Lebenslagen unterstützen.

Außerdem wollen wir im Sinne der betroffenen Kinder von Alleinerziehenden den Unterhaltsvorschuss künftig bis zur Volljährigkeit des Kindes zahlen, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil seinen Verpflichtungen nicht entspricht. Die derzeit geltende Rechtslage ist unbefriedigend, weil der Unterhaltsvorschuss maximal bis zum 12. Geburtstag des Kindes gezahlt wird. Wir wollen Alleinerziehende und ihre Kinder in Zukunft gerade auch dann weiter unterstützen, wenn die Aufwendungen für Unterhalt, Versorgung und Bildung teurer werden.

Auf Drängen der Sozialdemokratie ist in dieser Wahlperiode das grundgesetzlich verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich gelockert worden. Mit der nun möglich gewordenen Unterstützung durch den Bund wollen wir in den kommenden Jahren konzentriert in die Sanierung und Modernisierung von Kitas und Schulen, den Ausbau von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit investieren.

Jeder Cent, den wir hier ausgeben, erhöht nicht nur die Chancengerechtigkeit und die Entwicklungspotentiale unserer Kinder, sondern erleichtert auch langfristig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser Ziel bleibt klar: Beste Bildungschancen für alle Kinder von der Kita bis zum Berufs- oder Studienabschluss. Mit der Vereinbarung in der Thüringer Landesregierung, das letzte Kita-Jahr künftig beitragsfrei zu gestalten, haben wir einen weiteren wichtigen Schritt getan.

#### **4. Bezahlbares Wohnen**

In den vergangenen Jahren haben sich die Mietpreise vor allem in den Städten kontinuierlich erhöht. Bezahlbarer und angemessener Wohnraum in stark nachgefragten Städten, in Thüringen etwa in Erfurt, Weimar oder Jena, wird zunehmend zu einem knappen Gut und damit immer teurer. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht, dass sich nur noch Gutverdiener innerstädtische Wohnungen leisten können und Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen an den Rand gedrängt werden.

Für uns ist guter und bezahlbarer Wohnraum kein Spekulationsobjekt, sondern ein soziales Bürgerrecht. Wir begrüßen daher die Einführung der Mietpreisbremse und des Bestellerprinzips bei der Maklersuche als wichtige Schritte, um die Mietpreissteigerungen einzudämmen. Die Verdreifachung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau auf jetzt 1,5 Milliarden Euro durch die SPD-Bundestagsfraktion findet unsere volle Unterstützung, zeigt aber auch, dass wir weiterhin mehr gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden für den sozialen Wohnungsbau sowie eine gezielte Förderung der Wohnungsgenossenschaften benötigen. Mieterrechte müssen weiter gestärkt werden, insbesondere bei Sanierungen und Modernisierungen.

#### **III. Solidarität**

*„Solidarität ist die bewußte Bereitschaft, durch Selbstbeschränkung die Freiheit aller zu mehren.“ (Willy Brandt)*

##### **1. Sicher im Alter**

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein wesentlicher Grundpfeiler der deutschen Sozialversicherung. Für die Thüringer Sozialdemokratie ist das Vertrauen der Versicherten in die Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung von zentraler Bedeutung. Eine sorgfältige Abwägung zwischen den Interessen der gegenwärtigen Rentenbezieher und der Beitragszahler sowie eine solide Ausfinanzierung und ehrliche Entwicklungsprognosen sind uns wichtiger als Wahlkampfrhetorik auf kurze Sicht. Wir wollen uns für eine langfristige Stabilisierung des durchschnittlichen Rentenniveaus einsetzen.

Die letzte Rentenerhöhung im vergangenen Jahr brachte vor allem den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern ein deutliches Plus. Hauptgrund hierfür waren vor allem die erfreulichen Steigerungen bei der Lohnentwicklung, die sich im Osten insbesondere der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns verdanken. Weil die Rente strukturell an die allgemeine Lohnentwicklung gekoppelt ist, bleibt für uns die Schaffung gut bezahlter, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse das entscheidende und wirksamste Mittel gegen Altersarmut.

Wir begrüßen ausdrücklich die nun verbindlich vereinbarte schrittweise Anhebung des Rentenwerts Ost auf das Westniveau. Darauf haben die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner lange genug warten müssen. Wir bedauern allerdings sehr, dass die CDU/CSU nicht bereit war, bereits deutlich früher ein einheitliches Rentenrecht in Deutschland zu schaffen.

Eine weitere pauschale Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters über 67 Jahre hinaus, wie sie von verschiedenen Seiten immer wieder propagiert wird, lehnen wir ab. Vielmehr unterstützen wir flexible Lösungen beim Übergang in die Rente, die den individuellen Bedürfnissen der Versicherten Rechnung tragen.

Angesichts der zurückhaltenden Entwicklung des durchschnittlichen Lohnniveaus in Ostdeutschland setzen wir uns für die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente ein, die garantiert, dass Versicherte, die 40 Jahre lang Vollzeit gearbeitet und Beiträge eingezahlt haben, im Alter deutlich mehr bekommen als das Existenzminimum. Das ist aus unserer Sicht ein Gebot der Anerkennung von Lebensleistung.

Langfristig streben wir die Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer „Erwerbstätigenversicherung für alle“ an, in die auch Beamtinnen und Beamten sowie Selbständige einzahlen.

## **2. Solidarische Bürgerversicherung**

Eine weitere wesentliche Säule unseres Sozialversicherungssystems bildet die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger das gleiche Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung haben und gleichberechtigt am medizinischen Fortschritt teilhaben können.

Die Menschen in Europa und auch in Deutschland werden im Durchschnitt älter und sie bleiben auch länger fit und gesund. Das freut uns, stellt aber zugleich auch neue Herausforderungen an die Solidargemeinschaft. Wenn wir wollen, dass immer mehr Ältere und Pflegebedürftige auch in Zukunft flächendeckend gut versorgt werden, dann brauchen wir dafür eine breitere Finanzierungsgrundlage.

Deshalb fordern wir als SPD eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung mit gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Krankheit und Pflegebedürftigkeit sind Lebensrisiken, die jeden treffen können, unabhängig von Beruf, Einkommen oder anderen persönlichen Faktoren. Deshalb treten wir für die Schaffung einer solidarischen Versicherung ein, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen: Die solidarische Bürgerversicherung!

#### **IV. Die SPD ist die Garantin für sozialen Zusammenhalt**

Die Sozialdemokratie ist seit jeher der Motor und Garantin für soziale Gerechtigkeit. Auch in Thüringen stehen wir jedoch vor der Herausforderung einer zunehmend auseinander fallenden Gesellschaft. Dabei sind wir mehr denn je auf ein vernünftiges Miteinander, sozialen Ausgleich und gute Nachbarschaft angewiesen. Den Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, wollen wir schließen und haben dafür die richtigen Ideen. Deshalb brauchen wir eine möglichst starke SPD im Bundestag.

Wir werden darum im Interesse der in Thüringen lebenden Menschen mit Herz, Verstand und Leidenschaft um jede einzelne Stimme kämpfen: in der Mitte Deutschlands und Europas, mitten im Leben.

\*\*\*